

Zentralafrika vor neuem Aufbruch?

Klaus-Peter Treydte

Am 21. Mai 2011 bestätigte der Verfassungsrat der Republik Tschad den Amtsinhaber Idriss Déby Itno mit einem Stimmenanteil von 83,6 Prozent als Sieger der Präsidentschaftswahl vom 25. April. Wichtige Oppositionsführer hatten die Wahlen boykottiert. Damit wiederholt sich im Tschad ein verbreitetes autoritäres Herrschaftsmuster Zentralafrikas.

Analyse

Zentralafrika, durch zwei Wirtschafts- und Währungsgemeinschaften regionalpolitisch umschrieben, ist eine sehr heterogene Region, zerstört durch Bürgerkriege, beherrscht von autoritären Regimen und trotz Ressourcenreichtum von Massenarmut gekennzeichnet. Die vielfältigen Entwicklungspotenziale blieben weitgehend ungenutzt. Externe strategische wie auch regionale wirtschafts- und sicherheitspolitische Interessen der herrschenden Eliten stehen einer nachhaltigen wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklung im Wege.

- Zentralafrika ist einer der größten „Reservetanks“ der Welt für Erdöl und Erdgas und eine der größten „Schatzkisten“ von Erzen und Diamanten. Außerdem ist es das zweitgrößte zusammenhängende Tropenwaldgebiet der Erde (nach dem Amazonas-Becken) und mit dem Kongo, dessen Nebenflüssen und den Großen Seen eines der weltweit größten Oberflächen-Süßwasserreservoirs.
- Regionalorganisationen dienen in Zentralafrika bisher weniger der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern fungierten vor allem als sicherheitspolitisches Instrument der jeweiligen Autokraten, um die äußere staatliche Stabilität zu garantieren.
- Die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen externer Mächte wie Frankreich, USA und China trugen seit jeher zur anhaltenden innenpolitischen Instabilität und zur Bildung autoritärer Regime bei.
- Eine wirtschaftliche Entwicklung der Region, die mit Überwindung der Massenarmut einhergeht, wird nur durch grundlegende Reformen der Regierungsführung und der Wirtschaftspolitik möglich sein, die auch von externen Mächten mitgetragen werden.

Schlagwörter: Zentralafrika, Armut, Entwicklung, regionale Integration, Ressourcenreichtum

Politische Fragilität

Der Begriff Zentralafrika steht für eine Gruppe von Staaten, die sich zu zwei einander teilweise überschneidenden regionalen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaften, der CEMAC und der CEEAC, zusammengeschlossen haben (siehe Kasten). Die Staatengruppe ist insgesamt durch große politische und wirtschaftliche Fragilität gekennzeichnet. Ein Teil der Staaten weist ein hohes Maß an politischer Instabilität und ganz oder teilweise zerstörte staatliche Strukturen auf. Das gilt für die vor allem durch Bürgerkriege geschwächten Staaten Angola, Burundi, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Tschad, Zentralafrikanische Republik und Ruanda. Ihnen stehen Staaten mit relativ großer autoritärer Stabilität, aber auch politischer und sozialer Stagnation gegenüber: Äquatorialguinea, Gabun und Kamerun.

In Gabun regierte Omar Bongo mit seiner Staatspartei 40 Jahre lang, um nach seinem Tod in quasi-monarchischer Tradition von seinem Sohn Ali Bongo Ondimba beerbt zu werden. In Kamerun herrscht Paul Biya seit seiner Machtergreifung vor 28 Jahren mit einer Staatspartei, die seit ihrer Gründung vor 25 Jahren nur einen Parteitag zur politischen Legitimation gesehen hat. Präsident Biya beabsichtigt, sich in diesem Jahr mit 77 Jahren noch einmal für fünf weitere Jahre wählen zu lassen. Der äquatorial-guineische Staatpräsident Obiang Nguema kam 1979 durch einen Putsch an die Macht, herrscht seither ununterbrochen und hat sich im November 2009 mit 95 Prozent der abgegebenen Stimmen wiederwählen lassen.

Die im letzten Jahr gefeierten 50 Jahre Unabhängigkeit in Afrika sind für Zentralafrika wirtschaftlich, sozial und politisch keine Erfolgsgeschichte gewesen, im Gegenteil. Aus einkommens-, verteilungs- oder sozialpolitischer Sicht steht einer winzigen Zahl von Systemgewinnern eine vielfach größere Zahl von Systemverlierern gegenüber: Exklusion, Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und soziale Demontage sind die Folgen. Der kongolesische Präsident Denis Sassou N'guesso hat diesen bitteren Tatbestand in seiner Rede zur Unabhängigkeit diplomatisch zusammengefasst: „Auf diesem Weg der 50 Jahre Unabhängigkeit liegt das schwächste Kettenglied unserer kollektiven Leistung darin, dass wir es nicht verstanden haben, auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet Entsprechendes zu dem Wenigen hinzuzufügen, was wir auf politischem Gebiet geleis-

tet haben“ (Radio France International 2010; Übersetzung K.-P. Treydte).

Wie kann es politisch, wirtschaftlich und entwicklungspolitisch mit dieser Ländergruppe weitergehen? Diese Frage ist insbesondere vor dem Hintergrund von Bedeutung,

- dass die Region über einen beträchtlichen Ressourcenreichtum verfügt,
- dass die Nachfrage nach diesen Bodenschätzen mit der Weltkonjunktur steigt und die Einnahmen entsprechend wachsen und
- dass damit schließlich auch das wirtschaftliche und politische Interesse internationaler Mächte an der Region deutlich gewachsen ist.

CEMAC und CEEAC

Der 1994 gegründeten Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (CEMAC, Communauté Economique et Monétaire de l'Afrique Centrale) gehören Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun, Republik Kongo, Tschad und die Zentralafrikanische Republik an. Gemeinsame Währung ist der Franc CFA mit einem festen Wechselkurs zum Euro. Sitz der Kommission der CEMAC ist Bangui, Zentralafrikanische Republik.

Der 1983/84 gegründeten Zentralafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (CEEAC, Communauté Economique des Etats d'Afrique, Englisch: ECCAS, Economic Community of Central African States) gehören neben den CEMAC-Staaten auch Angola, Burundi, die Demokratische Republik Kongo und São Tomé e Príncipe an. Ursprünglich gehörte Ruanda dazu, das sich aber inzwischen der Ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft angeschlossen hat. Sitz der Organisation ist Libreville, Gabun.

Ressourcenreichtum und Armut

Zentralafrika zeichnet sich durch einen außerordentlich großen Ressourcenreichtum aus. Rohstoffe in Form von Mineralien und fossilen Brennstoffen (besonders Erdöl und Erdgas), natürliche Ressourcen wie Wasser und Biomasse, aber auch außerordentlich günstige klimatische Bedingungen für eine umfassende landwirtschaftliche Nutzung könnten Zentralafrika zu einem hohen Wachstum verhelfen (siehe Tabelle 1). Die Regenwälder sind bis jetzt lediglich zum Rohholzeinschlag genutzt worden, ohne Rücksicht auf die Nachhaltigkeit der Bewirtschaftung; Wertschöpfungsketten durch Weiterverarbeitung nach dem eigentlichen

Holzeinschlag fehlen. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 bewirkte in zentralafrikanischen Ländern perverse wirtschaftspolitische Maßnahmen, indem Regierungen aus sozialpolitischen Gründen (Erhaltung von Arbeitsplätzen) gezwungen wurden, den nicht nachhaltig wirtschaftenden Holzsektor auch noch mit Subventionen und Steuererleichterungen zu unterstützen. Lediglich der neue Präsident Gabuns, Ali Bongo Ondimba, verordnete 2009 per Dekret einen Exportstopp für Rohholz, ohne allerdings über hinreichende Kapazitäten für die inländische Weiterverarbeitung zu verfügen. Wasserkraft wird nur

lar kommen, die hinausgeschafft werden.² Kapital wird offenbar ständig erzeugt und ist hinreichend vorhanden, wird aber in Zentralafrika nicht investiert. Für Angola werden die illegalen Kapitaltransfers (1970-2008) auf 29 Milliarden Dollar, für Kamerun auf elf, für Kongo auf 16, für Gabun auf zehn und für die Demokratische Republik Kongo auf 25 Milliarden Dollar geschätzt.³

Im Endeffekt haben die von autoritären Regimen gekennzeichneten sozio-politischen Verhältnisse Zentralafrika in eine Sackgasse geführt. Tatsächlich werden, abgesehen von einer Ausnahme, alle Staaten autoritär regiert. Einzig der kleine In-

Tabelle 1: Rohstoffreichtum ausgewählter Länder der CEEAC-Region

Land	Bodenschätze, Ressourcen	Geschätzter Wert (US\$)	Erschließungs-/ Abbaukosten (US\$)
Äquatorialguinea	Erdöl, Eisenerz, Holz, Gold, Wasserkraft	15 Mrd.	4 Mrd.
Gabun	Erdöl, Wasserkraft, Holz, Gold, Eisenerz, Uran	1.100 Mrd.	110 Mrd.
Kamerun	Bauxit, Holz, Zinn, Eisenerz, Erdgas, Gold	800 Mrd.	120 Mrd.
DR Kongo	Silber, Bismut, Tropenhölzer, Kobalt	3.200 Mrd.	200 Mrd.
Tschad	Erdgas, Erdöl, Edelsteine, Salz	700 Mrd.	100 Mrd.
Zentralafrikanische Republik	Holz, Kupfer, Diamanten, Eisenerz, Kohle, Gold, Uran	800 Mrd.	90 Mrd.

Quelle: Africommodities 2009.

marginal zur Energiegewinnung genutzt. Die klimapolitische Nutzung der Wälder und der Biomasse Zentralafrikas zur Treibhausgasbindung befindet sich noch in den Kinderschuhen (Horta/Gereke 2009).

Trotz der beeindruckenden Ressourcenausstattung ist die Bevölkerung arm geblieben. Alle möglichen Theoreme der Unterentwicklung sind zur Erklärung herangezogen worden. Es bleibt das wirtschaftspolitische Phänomen eines „unbegrenzten“ Reservoirs von Arbeitskräften und einer „unbegrenzten“ Verfügbarkeit von Kapital – wenn der Markt der „dümpelnden“ Kapitalmengen betrachtet wird. Die kürzlich erschienenen Daten zur Kapitalflucht aus Afrika zeigen,¹ dass auf jeden Dollar, der als öffentliche Hilfe in die zentralafrikanischen Staaten fließt, zwei Dol-

selstaat São Tomé e Príncipe kann als demokratisch angesehen werden (Freedom House 2011). Zugleich zeichnen sich die zentralafrikanischen Staaten durch endemische Korruption aus, und sie gehören trotz des Ressourcenreichtums zu den ärmsten und am wenigsten „entwickelten“ Ländern dieser Erde (Transparency International 2010; UNDP 2010). In den letzten Jahren schien ein positiver Entwicklungstrend kaum absehbar. Die Mehrzahl der Staaten hat sich weiter in die Richtung von „Fassadenstaaten“ entwickelt, die gesellschaftspolitisch dysfunktional wirken, ihren Bürgern nur sehr eingeschränkt staatliche Dienstleistungen zur Verfügung stellen und von der internationalen Staatengemeinschaft teilweise nur aus sicherheitspolitischen Erwägungen gestützt werden (GTZ/BMZ 2008).

1 Zu Definition und Erfassungsmethoden von Kapitalflucht vgl. Kar und Cartwright-Smith (2010: 7).

2 *African Business*, Juni 2010: 20.

3 *Jeune Afrique*, 4. April 2010: 14; Kar und Cartwright-Smith 2010: 25 ff.

Regionalorganisationen

Die französische Kolonialzeit hatte ein weitreichendes integrationspolitisches Gerüst hinterlassen, im Wesentlichen eine „Franc-CFA“-Währungs- und Zollunion, aber auch die bildungspolitische Mobilität zwischen Universitäten und eine regionalpolitisch orientierte Ausbildung von Fach- und Führungskräften in der Verwaltung. Die Initiative zur Zoll- und Wirtschaftsunion Zentralafrikas (UDEAC, Union Douanière et Economique de l’Afrique Centrale) schloss sich deshalb 1966 nahtlos an die koloniale Struktur an. Sie wurde 1994 zur CEMAC umfirmiert und um das ehemals spanische Äquatorialguinea erweitert. Bereits zehn Jahre zuvor war das regionalpolitische Spektrum um die CEEAC erweitert worden, der anfangs elf Staaten angehörten (siehe Kasten S. 2).

Rund zwei Drittel der Wirtschaftsleistung der Region werden von Angola (45,7 Prozent) und Kamerun (15,9 Prozent) in unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen und mit unterschiedlichen Orientierungen erbracht (Friedrich-Ebert-Stiftung 2010: 4). Die Zentralmacht Kamerun ist im Hinblick auf andere große Märkte wie Angola und Demokratische Republik Kongo räumlich isoliert. In Bezug auf die Nachbarmärkte Gabun und Äquatorialguinea herrscht zwar Freizügigkeit für Produkte, nicht aber für Personen. Die Fusion der CEMAC mit der 1976 gegründeten Wirtschaftsgemeinschaft der Großen Seen (CEGL, Communauté Economique des Grands Lacs, mit Burundi, Demokratischer Republik Kongo und Ruanda) wurde 1981 auf der Konferenz der Staatshäupter und 1983 formell mit der Gründung der CEEAC in Libreville umgesetzt. Angola stieß erst 1999 dazu, während Ruanda unter seinem Präsidenten Paul Kagame am 1. Juli 2007 wieder austrat und sich der Ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft anschloss.

Beide regionalpolitischen Initiativen sind keine Erfolgsgeschichten. Der Binnenhandel innerhalb der CEEAC beläuft sich nach 27 Jahren auf ein Prozent des Gesamthandelsvolumens der beteiligten Staaten.⁴ An wirtschaftliche und soziale Integration dachte eigentlich keiner der Staatshäupter. Die politisch weit reichenden Absichtserklärungen waren lediglich für die externe „Galerie“ der Geberländer gedacht. Die auch nach der Abwertung 1994 überbewertete gemeinsame Währung Franc CFA

behindert bis heute eine binnenorientierte Industrie- und Wirtschaftspolitik. Die interne Freizügigkeit und eine Wanderung der Produktionsfaktoren in die produktivste Verwendung lag nicht im Interesse einer Wirtschaftselite, die auf Abschöpfung von Zöllen und Differentialgewinnen „unvollkommener“ Märkte ausgerichtet war.

Die Einrichtung der CEEAC wurde anfangs zwar ebenfalls wirtschaftlich begründet, sie ist aber in der Folgezeit (mit wechselndem Erfolg) zu einer sicherheitspolitischen Institution geworden. Bedingt durch den Bürgerkrieg in der Region der Großen Seen zahlten die Demokratische Republik Kongo, Ruanda und Burundi keine Mitgliedsbeiträge. Die CEEAC verfiel in einen Dornröschenschlaf und kam zwischen 1992 und 1998 völlig zum Erliegen. So ist die CEEAC kaum als Institution regionaler Integration zu verstehen, sondern eher als ein „Rückversicherungsverein“. Den beteiligten Staatshäuptern ging es im Wesentlichen darum, die größten Elemente der Unsicherheit in der Region zu beenden, die durch wechselseitig von außen gestützte Rebellionen begründet sind. Die politische Elite besteht in fast allen Ländern aus Militärs oder Rebellen, die über einen militärischen Sieg an die Macht kamen. Von den zehn Staatshäuptern der CEEAC-Region haben lediglich Präsident Paul Biya (Kamerun) und José Eduardo dos Santos (Angola) eine zivile Ausbildung. Kurz: es handelt sich bei der CEEAC mehr um eine „Waffenbrüderschaft“ unter Militärs und Ex-Rebellen, die Staatshäupter wurden; es hieß, Bürgerkriege einzudämmen und die Anerkennung formaler Grenzen zu gewährleisten.

Eine Modernisierungsphase der CEEAC setzte mit dem 10. Treffen der Staatshäupter in Malabo 2002 ein. Dort wurde ein zentralafrikanisches Parlament der CEEAC (REPAC, Réseau des Parlementaires d’Afrique Centrale) ins Leben gerufen, eine Entschließung zu Sicherheit und Frieden in Zentralafrika verabschiedet sowie eine Kommission für Verteidigung und Sicherheit (COPAX, Commission pour la Paix et la Sécurité), eine multinationale Streitmacht für Zentralafrika (FOMAC, Force Multinationale de l’Afrique Centrale) und ein Frühwarnsystem (MARAC, Mécanisme d’Alerte et de Recoupement de l’Afrique Centrale) beschlossen.

Seit 2003 fördert die EU die Sicherheitspolitik der CEEAC und kanalisiert durch sie auch ihre Friedensmissionen in der Region (Kongo). Strategisch am bedeutendsten für die CEEAC war die

⁴ Zum Vergleich: Im Falle der Wirtschaftsgemeinschaften im westlichen und südlichen Afrika (ECOWAS und SADC) liegt der Binnenhandel bei rund zehn Prozent.

Entscheidung des US-Präsidenten vom 23. September 2009 (Presidential Determination 2009-26), die es den CEEAC-Staaten erlaubt, legal US-Waffen zu kaufen und militärische Kooperationsprogramme zu vereinbaren. Vor allem diese geostrategische und sicherheitspolitische Dimension liegt der CEEAC bis heute zugrunde.

Der Beschluss der Staatschefs in Malabo 2002, ein beratendes Parlament auf zentralafrikanischer Ebene einzuberufen, demonstriert die Doppeldeutigkeit der Regionalpolitik. Offiziell sollte damit ein demokratischer Prozess zur Förderung der regionalen Integration in der Bevölkerung und zu guter Regierungsführung unterstützt werden. Nach acht Jahren Vorbereitung ist das Parlament allerdings noch immer nicht konstituiert.

FrançAfrique im Wandel

„Frankreich ohne Afrika ist wie ein Auto ohne Benzin; und Afrika ohne Frankreich ist wie ein Auto ohne Fahrer“, auf diese Kurzformel hatte es der Staatspräsident Gabuns, Omar Bongo, gebracht (Mbock 2010: 59). Tatsächlich sind die Beziehungen zwischen dem alten Kolonialreich Zentralafrika und Frankreich „existenzieller“ Natur. François Mitterrand erklärte 1981 in seiner Regierungserklärung, für einen französischen Präsidenten sei der afrikanisch-französische „Vor-garten“ („Pré-Carré“), wie West- und Zentralafrika genannt wurden, unabdingbar. Dieser Zusammenschluss von Frankreich und Afrika – in der Literatur „FrançAfrique“ genannt – funktioniert über fünf Stränge:

1. Politische Zusammenarbeit, die sich am deutlichsten in den Gipfeltreffen der französischen Präsidenten und ihrer afrikanischen Kollegen zeigt;
2. Vorrechte auf natürliche Ressourcen wie Erdöl, Eisenerz, Uran und landwirtschaftliche Rohstoffe sowie auf Infrastruktur und Dienstleistungen;
3. Aufrechterhaltung der Franc-CFA-Währungszone (West- und Zentralafrika) in der Form einer Garantierklärung der französischen Zentralbank für den Außenwert des Franc CFA;
4. Stationierung französischer Truppen in den jeweiligen afrikanischen Ländern zur Sicherstellung von politischer Stabilität und Ordnung;
5. Entwicklungs- und Kulturkooperation.

Seit 1990 änderte sich das Bild. Der militärische und rohstoffextrahierende Komplex FrançAfrique wurde in der europäischen Öffentlichkeit mehr zur Last als zu einem Gewinn. Aus der Diktatstruktur ist ein wirtschaftliches Lobbying um Einfluss geworden. Zwar existieren die alten Seilschaften von FrançAfrique noch,⁵ doch ihr Stellenwert in Frankreich und in Afrika hat sich durch das rapide Wachstum der Weltwirtschaft verringert.

China: der neue Akteur

China ist heute in Zentralafrika als geostrategischer Akteur nicht mehr wegzudenken. Bis in die 1990er Jahre bezog China 50 Prozent seiner Erdölprodukte aus dem Mittleren Osten, doch seit dem Zusammenbruch des Ostblocks und seiner ideologischen Neuorientierung suchte China in Afrika neue Energiequellen.

Die chinesische Strategie beruht auf vier Pfeilern, einem politischen, diplomatischen, militärischen und wirtschaftlichen, aus denen je nach Situation bestimmte Elemente länderspezifisch eingesetzt werden. So entwickelte sich ein leicht erkennbares Modell der Zusammenarbeit, das bei den zentralafrikanischen Eliten auf positive Resonanz stößt: der weithin sichtbare Bau von Stadien, Kongresszentren, Brücken, Straßen und Hospitälern, Stipendien für junge Afrikaner und dazu zinslose Kredite. All dies wird über staatliche Institutionen abgewickelt, und zwar teilweise zu einem Viertel der Kosten herkömmlicher Partner der Entwicklungszusammenarbeit und vor allem ohne weitreichende politische oder wirtschaftspolitische Auflagen. Das dadurch entstandene Vertrauensklima wird durch die überkommene Ideologie von Drittweltbewusstsein, Blockfreiheit, antikolonialem Diskurs, Solidarität, „Freundschaft unter ebenfalls Ausgebeuteten“ und „Süd-Süd-Partnerschaft“ argumentativ unterfüttert. Die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, die als weiterer Pluspunkt für Peking hervorgehoben wird, kommt der afrikanischen Elite umso mehr zupass, als viele zentralafrikanische Regimes ihre Macht zutiefst autoritär ausüben.

Mit der internationalen Finanzmarktkrise hat Chinas globale Expansion seit 2008 eine neue Dimension erhalten. Während viele Unternehmen

⁵ Zu diesem inneren Machtgefüge siehe *Jeune Afrique*, 23. Mai 2010: 24-35, und *Les Afriques*, 6. Mai 2010: 2.

aus den USA und der EU ihre Investitionstätigkeit während der Krise reduzierten, verstärkten chinesische Unternehmen ihre Auslandspräsenz. In den Jahren 2008 und 2009 stiegen die chinesischen Investitionen besonders in Zentralafrika erheblich. Der Hauptanteil fließt nach wie vor in den Rohstoffsektor, wobei Investitionen in die Erdölwirtschaft an erster Stelle stehen (Holslag 2006: 138 f.; Wirtschaftswoche, 15, 2011: 96).

Die politischen Eliten in Zentralafrika haben die Ersatzfunktion der chinesischen Investitionen während der internationalen Finanzmarktkrise zusätzlich positiv beurteilt. China ist darüber hinaus mit seiner breiten Palette von Konsumprodukten zu einem günstigen Preis ein Handelspartner erster Güte in Zentralafrika; seit 2007 hat China Frankreich als ersten Handelspartner in der Region abgelöst.

Diese Expansion der Chinesen bringt allerdings auch eine Reihe von Problemen mit sich. Beamte, Projektleiter und Gewerkschaftsführer in Zentralafrika klagen regelmäßig über das alltägliche „neokolonialistische“ Verhalten der chinesischen Partner in den Unternehmen.⁶ Auch hat die Flut chinesischer Billigprodukte die sich entwickelnde afrikanische Substitutionsindustrie praktisch zum Erliegen gebracht.

USA: der geostrategisch ausgerichtete Akteur

Die Attentate des 11. September 2001 hatten eine ganz direkte und unmittelbare Orientierung der US-Außenpolitik auf Zentralafrika, und zwar auf den Golf von Guinea, zur Folge. Mussten die Vereinigten Staaten im Jahr 2002 rund 30 Prozent ihres Erdöl-Energieverbrauchs aus dem Mittleren Osten importieren, so setzte sich die amerikanische Regierung jetzt das Ziel, bis 2015 25 Prozent seiner Erdölimporte aus Afrika zu beziehen, nicht zuletzt um die Unsicherheiten zu reduzieren, denen Exporte aus dem konfliktgeladenen Mittleren Osten ausgesetzt sind. Damit bekamen die Beziehungen zu den Staaten am Golf von Guinea, insbesondere Nigeria, Angola und Äquatorialguinea, höchste Priorität. Aus Sicht der US-Importeure bot die Förderung in diesen Staaten den Vorteil, dass hier große Ölfelder vor der Küste im Meer liegen und damit vor innenpolitischen Turbulenzen etwas abgeschottet sind.

⁶ *Coopérations économiques et commerciales Chine-Cameroun: états des lieux*, Jaunde, Juli 2005 (interne Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung).

Supertanker mit Rohöl aus dem Golf von Guinea können innerhalb von zwei Wochen die wichtigsten amerikanischen Entladehäfen anlaufen. Zwar sind die aktuellen zwölf Prozent noch weit vom 25-Prozent-Ziel entfernt, doch liefert das westafrikanische Nigeria mit 948 Tsd. Fass pro Tag den größten Anteil und die Importe aus Angola (357 Tsd. Fass pro Tag) und Äquatorialguinea (52 Tsd. Fass pro Tag) wachsen rapide (U.S. Energy Information Administration 2011).

EU und Deutschland – und darüber hinaus

Gemessen an den anderen Akteuren scheint die Politik der Europäischen Union (EU) gegenüber den zentralafrikanischen Staaten weniger auf langfristigen und geostrategisch kalkulierten Zielsetzungen zu beruhen. Die EU hat ihre Konzeption zuletzt in den Vertrag von Cotonou gegossen, den sie am 23. Juni 2000 mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten) geschlossen hat und der das Lomé-Abkommen (1975) ablöste. Danach sollten bis 2008 neue wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen (EPAs, Economic Partnership Agreements) mit den verschiedenen Ländergruppen der AKP-Staaten vereinbart werden, die zu Freihandelszonen führen sollten. Bislang ist es allerdings nur zu einem Abkommen, und zwar mit der Karibikgruppe, gekommen. Einer Forderung der Welthandelsorganisation entsprechend war geplant, die Handelsvorteile, die den AKP-Staaten früher von der EU eingeräumt worden waren, abzuschaffen und insbesondere die afrikanischen Staaten stärker und mit besserer Wettbewerbsfähigkeit am Welthandel zu beteiligen. Für Zentralafrika war die CEMAC die führende Verhandlungsgruppe. Von ihren Mitgliedern hat nach dem Scheitern der Gruppenverhandlungen bisher nur Kamerun im Jahr 2009 ein Interim-EPA unterzeichnet, während die übrigen Länder der Region auf der Grundlage des Allgemeinen Präferenzsystems mit der EU Handel treiben (Gabun, Kongo) oder als am wenigsten entwickelte Länder abgaben-, zoll- und quotenfreien Zugang zur EU haben (sogenanntes EBA-Modell: „Everything But Arms“).

Mit dem Vertrag von Cotonou sind die rohstoffpolitischen Instrumente der Lomé-Verträge, STABEX und MINEX/SYSMIN, die zu strategischen Rohstoffsicherungsinstrumenten hätten aus- oder umgebaut werden können, zugunsten einer libe-

ralen Handelsorientierung in Zentralafrika aufgegeben worden. Zwar ist Deutschland durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in ausgewählten Ländern Zentralafrikas wissenschaftlich-prospektiv aktiv und die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) unterstützt die regionalpolitische Integration (beispielsweise mit einem Projekt bei der CEMAC in Bangui), die *Financial Times Deutschland* (24. September 2009) klagte dennoch „Deutschland verschläft Rohstoffsuche in Afrika“, um auf das deutsche Bewusstseinsdefizit hinzuweisen.

Daneben investieren auch zahlreiche Firmen aus Japan und Indien mit einem breiten Portefeuille in der Region, das von Rohstoffen bis Telekommunikation reicht; in jüngster Zeit drängen darüber hinaus mit Brasilien, Südafrika und der Türkei neue Kräfte nach Zentralafrika.

Keine Entwicklung ohne Fortschritte in der Regierungsführung

Nach 50 Jahren Unabhängigkeit der Länder Zentralafrikas ergibt sich ein insgesamt enttäuschendes Bild der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Integration in der Region. Die regionalpolitischen Integrationsansätze von CEMAC und CEEAC sind schwach ausgebildet, wenig effektiv und scheinen die Zusammenarbeit kaum zu fördern. Rohstoffreichtum, Militärregime, geostrategische Außensteuerung, Demokratiedefizite und schlechte Regierungsführung sind die Ursachen für das schlechte Abschneiden in dieser Hinsicht. Im Vergleich zum westlichen, östlichen oder südlichen Afrika hinkt die Integration Zentralafrikas rund eine Dekade hinterher.

Eine entwicklungs- und regionalpolitische Renaissance wäre nur unter der Bedingung einer demokratischen Transformation denkbar. Lediglich durch demokratisch gestärkte legitime Regierungsführung und entsprechende Reformen der politischen Institutionen innerhalb der Staaten Zentralafrikas könnte die entwicklungspolitische Regression in der Region beendet werden (Tédom 2009: 110).

Das schnelle Wachstum, das die zentralafrikanischen Staaten vor Ausbruch der Weltwirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 erlebten, war im Wesentlichen das Ergebnis eines Rohstoffexportbooms, unter anderem ausgelöst durch das beschleunigte Wirtschaftswachstum in China und die daraus ab-

geleitete erhöhte Rohstoffnachfrage. Die Nachteile dieser Entwicklung sind bekannt: Die Länder sind stark vom ständigen Wachstum der Auslandsnachfrage abhängig; bricht diese Nachfrage ein, droht Zentralafrika eine lang andauernde Krise. Die volkswirtschaftliche Spezialisierung auf Primärprodukte mit einer geringen eigenen Wertschöpfung fördert nicht die entwicklungspolitisch notwendige wirtschaftliche Diversifizierung.

So besteht die zentrale Herausforderung für die Entwicklung der Länder Zentralafrikas nicht in der Außennachfrage – die europäische Handels- und Investitionspolitik unterscheidet sich hier kaum von der Chinas –, sondern in einem Strukturwandel im Innern, weg von den traditionellen Primärprodukten hin zum produzierenden Gewerbe und zu modernen Dienstleistungen unter demokratisch legitimierter guter Regierungsführung.

Literatur

- Africommodities (2009), *Le sous-sol africain pays par pays*, 80, 18.-24. Juni, Casablanca/Dakar, online: <www.lesafriques.com> (23. Juni 2009).
- Freedom House (2011), *Freedom in the World*, online: <www.freedomhouse.org> (10. April 2011).
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2010), *La CEEAC: 27 ans après – Quel bilan pour quelles perspectives?*, Jaunde.
- GTZ/BMZ (2008), *State-building in the Context of Fragile Statehood and Poor Government Performance – Lessons Learnt by German Development Cooperation*, Eschborn.
- Kar, Dev und Devon Cartwright-Smith (2010), *Illicit Financial Flows from Africa – Hidden Source of Development*, online: <www.gfip.org> (19. April 2011).
- Mbock, Charly Gabriel (2010), *Décoloniser la France*, Montréal: KiyiKaat Editions.
- Presidential Determination (2009-26), as published in the Federal Register /74, 183 – Presidential Documents 48363.
- Radio France International (2010), *Kongo-Brazzaville feiert die 50 Jahre Unabhängigkeit*, online: <www.rfi.fr> (15. August 2010).
- Tédom, Alain Fogué (2009), *Enjeux géostratégiques et conflits politiques en Afrique noire*, Paris: L'Harmattan.
- Transparency International (2010), *Transparency International Corruption Perception Index 2010*, online: <www.transparency.org> (10. April 2011).
- UNDP (2010), *Development Report*, online: <www.undp.org> (10. April 2011).

■ Der Autor

Dr. Klaus-Peter Treydte ist freier entwicklungspolitischer Berater. Bis Ende Oktober 2010 leitete er das Büro Jaunde/Kamerun der Friedrich-Ebert-Stiftung.

E-Mail: <kp3t@gmx.net>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im vergangenen Jahr ist das von Dr. Matthias Basedau geleitete und von der DFG finanzierte Forschungsprojekt „Risiko Ressourcenreichtum? Zur Bedeutung von Kontextbedingungen für den Zusammenhang von Ressourcenreichtum und Gewalt in Nicht-OECD-Staaten“ erfolgreich beendet worden.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Basedau, Matthias und Jann Lay (2009), Resource Curse or Rentier Peace? The Ambiguous Effects of Oil Wealth and Oil Dependence on Violent Conflict, in: *Journal of Peace Research*, 46, 6, 757-776.

Basedau, Matthias und Thomas Richter (2011), *Why Do Some Oil Exporters Experience Civil War But Others Do Not? – A Qualitative Comparative Analysis of Net Oil-Exporting Countries*, GIGA Working Papers, 157, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Basedau, Matthias, Annegret Mähler und Georg Strüver (2010), *Neue Erdölfunde in Afrika: Können Konflikte vermieden werden?*, GIGA Focus Afrika, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.

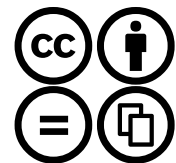
Basedau, Matthias und Tim Wegenast (2009), Oil and Diamonds as Causes of Civil War in Sub-Saharan Africa: Under what Conditions?, in: *Colombia Internacional*, 70, 35-59.

Horta, Korinna und Madeleine Gereke (2009), *Weltklimapolitik im Kongobecken: Neue Chance oder Ökorente für die Elite?*, GIGA Focus Afrika, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.

Mehler, Andreas (2011), Rebels and Parties: The Impact of Armed Insurgency on Representation in the Central African Republic, in: *Journal of Modern African Studies*, 49, 1, 115-139.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Afrika wird vom GIGA Institut für Afrika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Gero Erdmann; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes; Lektorat: Ellen Baumann; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Afrika-Studien

IMPRESSUM